

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 66 845 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Professor Dr. Uwe Holtz MdB zum neuen Human Development Report der Vereinten Nationen: Plädoyer für eine neue Weltpolitik.

Seite 1

Peter Conradi MdB zu einer "Bild"-Marginalie von Peter Boenisch: Wie verkommen...

Seite 2

Rudi Walther MdB zu Behauptungen des Bundesfinanzministers / Feststellungen einer deutschen Bank: Wie die sogenannten Erblasten (auch) entstanden sind.

Seite 3

Hans Wallow MdB zum Putsch in Guatemala: Druck auf die Regierung des mittelamerikanischen Landes ausüben.

Seite 6

48. Jahrgang / 99/100

27. Mai 1993

Plädoyer für eine neue Weltpolitik

Zum neuen Human Development Report der Vereinten Nationen

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Entwicklungsausschusses im Deutschen Bundestag

Der neue Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) über den Stand menschlicher Entwicklung in der Welt beweist Mut und setzt wichtige neue global- und entwicklungspolitische Akzente.

Die Bundesregierung sollte die Ergebnisse des Berichts zum Anlaß nehmen, sich einem neuen Konzept von Sicherheit zu öffnen, das an der Beseitigung der sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Ursachen von Unterentwicklung, Krieg und Flucht orientiert ist. Das heißt: menschliche Entwicklung und Prävention statt militärische Intervention. Es ist gut, daß UNDP mit dem Index für eine menschliche Entwicklung dementsprechende Maßstäbe zur Verfügung gestellt hat. Bedauerlich ist, daß UNDP offensichtlich auf den Druck von Mitgliedsstaaten auf die Erstellung eines "Freiheitsindex" verzichtet hat.

Unerlässlich ist auch eine Neubestimmung der gefährlichen und verschwenderischen Entwicklung in den Industrienationen. Eine entwicklungsverträgliche Neubestimmung der Wirtschafts- und Lebensweisen in den Industriegesellschaften ist Voraussetzung einer globalen Lastenverteilung und gehört in ein neues Konzept globaler Entspannungspolitik.

In eigener Sache

Die massiven Behinderungen unserer Arbeit im Bonner Regierungsviertel anläßlich der Demonstrationen, die am Mittwoch die Bundestagsdebatte zum Asylrecht begleiteten, machten die Auslieferung des SPD-Pressedienstes unmöglich. Wir bitten um Verständnis.

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Verlag und Redaktion

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Wiederholter Verzehr
ausgewählter Rohstoffe
Recycling-Papier



Der Bericht unterstützt in seinen Ergebnissen solche Forderungen, wie sie auch von der SPD erhoben werden. Richtig ist, daß zur Bekämpfung der globalen Herausforderungen eine Neuorientierung der Politik insgesamt, nicht nur in Teilen nötig ist. Richtig ist auch die Anmahnung einer am Menschen orientierten Weltordnung. Nach dem Ende des kräfteverzehrenden Ost-West-Konflikts bieten sich dafür gute Chancen, zumal der bisher verstellte Blick auf den Konflikt zwischen armen und reichen Ländern frei wird. In diesem Zusammenhang fordert der Bericht zu Recht, einen Teil der Rüstungsausgaben im Sinne einer Friedensdividende für die Förderung einer menschlichen Entwicklung einzusetzen.

Eine menschenorientierte Weltordnung soll auf fünf Säulen aufbauen:

- einem neuen Verständnis von menschlicher Sicherheit,
- einem neuen Modell einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung,
- einer neuen Partnerschaft zwischen Staat und Markt,
- neuen Weisen nationalen und globalen Regierens,
- neuen Formen internationaler Zusammenarbeit.

Von besonderem Gewicht ist die Forderung einer Neubestimmung des Verhältnisses von Markt und Staat. UNDP plädiert für einen "dritten Weg" zwischen staatlicher Wirtschaftslenkung und einer freien Marktwirtschaft. Deutlich wird eine "verteilungs- und umweltgerechte" Verpflichtung der Märkte unterstrichen. Dies ist insbesondere angesichts großer Arbeitsmarktprobleme von Bedeutung. Der Bericht entdeckt nämlich ein bedrückendes global festzustellendes Problem: Wirtschaftswachstum ohne Arbeitsplatzzunahme.

(-/27. Mai 1993/rs/ks)

Wie verkommen...

Zu einer "Bild"-Marginalie von Peter Boenisch

Von Peter Conradl MdB

"Was ist Geld schon wert? Deutschland '93 tanzt wie besessen um das Goldene Kalb... es ist Zeit, daß wir nicht nur zum Geld finden, sondern auch zu uns selbst."

Solche hehren Wahrheiten verkündet ein Peter Boenisch im "Bild"-Kommentar zu den Fällen Krause und Steinkühler.

Zur Erinnerung: 1985 wurde dieser Boenisch wegen Steuerhinterziehung zu 1.080.000 DM Strafe verurteilt. Acht Jahre lang hatte die Firma Daimler-Benz den "Bild"-Chefredakteur Boenisch als "Berater" auf dem Umweg über die Schweiz geschmiert. Als diese Geschichte aufkam, mußte Helmut Kohls Regierungssprecher Boenisch sein Amt niederlegen.

Es lohnt sich nicht, über eine zwielichtige Figur wie Peter Boenisch mehr zu schreiben.

Die Frage drängt sich auf: Wie verkommen ist eine Redaktion, die ihren Lesern zu Krause und Steinkühler den Kommentar eines korrupten, vorbestraften Journalisten anbietet? Die Antwort ist: So ist "Bild" eben; die halten ihre Leser für dumm und vergeblich.

(-/27. Mai 1993/rs/fr)

Wie die sogenannten Erblasten (auch) entstanden sind
Zu Behauptungen des Bundesfinanzministers / Feststellungen einer deutschen Bank

Von Rudi Walther MdB
Vorsitzender des Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Bundesfinanzminister Theo Waigel wird nicht müde, alles, was sich in dem demnächst zu installierenden Erblast-Tilgungsfonds wiederfinden wird, als ein Erbe der DDR zu definieren. Deshalb ist es gut, zu untersuchen, wie sich diese "Erblasten" zusammensetzen. Ein ganz wesentlicher Anteil ist Folge der Art und Weise, wie die Währungsunion 1990 gehandhabt wurde. Hierzu hat mir die Volkswirtschaftliche Abteilung einer bedeutenden deutschen Bank den nachstehenden Beitrag zur Verfügung gestellt, den ich der Lektüre empfehle.

Zu den Auswirkungen der Währungsreform 1948 und der Währungsunion 1990 auf den Bundeshaushalt

Aus dem (im folgenden näher ausgeführten) Vergleich der Auswirkungen beider Währungsoperationen läßt sich das Fazit ziehen, daß der Bundeshaushalt nach der Währungsreform 1948 entlastet worden ist, während er nach der Währungsunion mit der DDR beträchtliche zusätzliche Anforderungen verkraften muß. Dies ergibt sich aus der unterschiedlichen Natur beider Vorgänge und aus dem unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Umfeld, in dem diese stattfanden. Nach den tiefgreifenden Umwälzungen durch den Zweiten Weltkrieg stand der Großteil der Bevölkerung "vor dem Nichts". Insofern war es möglich, mit der Währungsreform eine umfassende Neugestaltung des Währungs- und Wirtschaftssystems vorzunehmen, ohne auf Besitzstände zu große Rücksicht nehmen zu müssen - es ging um einen Neuanfang für alle. Die Währungsunion 1990 war dagegen mit der Aufgabe verbunden, eine bereits vier Jahrzehnte bestehende Zentralverwaltungswirtschaft dem ungleich effizienter arbeitenden System der Bundesrepublik anzupassen, ohne die sozialen Friktionen zu groß werden zu lassen. Diese Aufgabe war nur zu bewältigen, weil sich die Bundesrepublik in einer günstigen wirtschaftlichen Ausgangsposition befand und der "anzupassende Teil" relativ klein war. Gleichwohl haben sich die damit verbundenen Anforderungen in einer beträchtlichen Verschlechterung der finanziellen Position vor allem des Bundes niedergeschlagen.

Währungsreform 1948

Einen entscheidenden Einfluß auf die Haushalte zunächst des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und dann - nach Etablierung der Bundesrepublik 1949 - des Bundes hatte die mit der Währungsreform 1948 getroffene Regelung, die früheren Reichsschulden nicht wie andere Verbindlichkeiten im Verhältnis 10:1 umzustellen, sondern im Prinzip zu streichen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges war die Verschuldung des Reiches mit annähernd 400 Milliarden RM zu veranschlagen; eine Umstellung mit dem normalen Satz hätte dem Bund eine Verschuldung von knapp 40 Milliarden DM aufgebürdet, das wäre das Vierfache seines Haushaltsvolumens 1950 gewesen. (Zum Vergleich: 1989 betrug die Verschuldung des Bundes das Anderthalbfache des Haushaltsvolumens.) Der Bund wurde damit von Zinslasten befreit, was seine haushaltspolitischen Möglichkeiten erheblich ausweitete. Er hat freilich in den ersten Jahren des Aufbaus den neugewonnenen Verschuldungsspielraum nicht ausgenutzt, sondern das noch knappe Kapitalangebot privaten Investoren zur Bildung des dringend erforderlichen neuen Kapitalstocks überlassen. Dieser kluge finanzpolitische Kurs hat sicherlich zum bald einsetzenden "Wirtschaftswunder" beigetragen.

Der Streichung der Reichsschulden stand allardings die Schaffung von "Ersatzschulden" gegenüber. Am stärksten schlug hier die Einräumung von Ausgleichsforderungen zu Buche. Die Bank Deutscher Länder und die Landeszentralbanken erhielten solche Forderungen als bilanziellen Gegenposten für die Erstausrüstung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit D-Mark. Den Banken und Versicherungen wurden ebenfalls Ausgleichsforderungen zur Schließung von Lücken auf der Aktivseite ihrer Bilanzen eingeräumt, die vor allem dadurch entstanden waren, daß ihre Forderungen gegenüber dem Reich gestrichen wurden. 1950 betrug der Bestand an Ausgleichsforderungen insgesamt 18 Milliarden DM, davon sechs Milliarden DM gegenüber dem Bund und zwölf Milliarden DM gegenüber den Ländern.

Entlastend wirkte hier freilich, daß diese Forderungen nicht nach den aktuellen Marktkonditionen verzinst werden; der überwiegende Teil war mit einem Zinssatz von drei Prozent ausgestattet. Die vom Bund auf seine Verbindlichkeiten aus Ausgleichsforderungen entrichteten Zinszahlungen können 1950 auf rund zwei Prozent seiner Gesamtausgaben veranschlagt werden. Der Bestand an Ausgleichsforderungen gegenüber dem Bund erhöhte sich bis Mitte der sechziger Jahre auf zwölf Milliarden DM und ging danach Infolge von Nettotilgungen zurück; Ende 1992 betrug er knapp zehn Milliarden DM¹⁾.

Im Laufe der fünfziger Jahre kamen weitere "Altschulden" hinzu. Dabei handelte es sich zum einen um die sogenannte Ablösungs- und Entschädigungsschulden, mit denen bestimmte RM-Verpflichtungen des Reiches nachträglich anerkannt und auf D-Mark umgestellt wurden (Höchstbetrag 1964 1,0 Milliarden DM). Zum anderen wurde mit dem Londoner Schuldenabkommen eine Regelung über die Auslandsschulden getroffen, die teilweise aus der Vorkriegszeit stammten, teilweise aber auch durch die Nachkriegswirtschaftshilfe der Alliierten entstanden waren (Höchstbetrag 1955 8,4 Milliarden DM). Eine "Spätfolge" der Währungsreform waren schließlich die sogenannten Deckungsforderungen, die zunächst eine Verbindlichkeit des Lastenausgleichsfonds darstellten und später vom Bund übernommen wurden. Sie resultierten aus der nachträglichen Umwandlung von bestimmten RM-Sparformen in D-Mark; diese Transaktionen wurden von Banken und Versicherungen vorfinanziert, denen dafür Deckungsforderungen in entsprechender Höhe gegenüber dem Lastenausgleichsfonds eingeräumt wurden (Höchstbetrag 1967 3,4 Milliarden DM). Die vorerwähnten Altschulden wurden in der Regel ebenso wie die Ausgleichsforderungen unterhalb des Marktzinseszinses verzinst, so daß sich der Zinsaufwand in engen Grenzen hielt.

Eine Entlastung zunächst des Lastenausgleichsfonds, indirekt aber auch des Bundeshaushalts, brachte die Währungsreform in Verbindung mit der Lastenausgleichsgesetzgebung. Die durch die Umstellung der Verbindlichkeiten im Verhältnis 10:1 entstandenen Gewinne der Hypothekenschuldner und der Wirtschaft wurden durch die Hypotheken- und die Kreditgewinnabgabe abgeschöpft. Das Einkommen aus diesen Abgaben wurde zur Finanzierung der Entschädigungsleistungen verwendet. Im Jahre 1955, als diese Einnahmen mit 0,9 Milliarden DM ihr höchstes Niveau erreichten, wurde immerhin knapp ein Viertel der Ausgaben der Lastenausgleichsfonds auf diesem Wege finanziert.

Währungsunion 1990

Mit der Einführung der D-Mark in der DDR wurde die dort bestehende Zentralverwaltungswirtschaft auf einen Schlag dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, was außerordentlich hohe öffentliche Ausgaben zur Abfederung des damit verbundenen Schocks nach sich zog. Hinzu kamen weitere große Belastungen, so vor allem die Übertragung des dichtgeknüpften sozialen Netzes in der Bundesrepublik auf die neuen Länder. Es ist deshalb schwierig, die unmittelbaren Auswirkungen der Währungsreform im Beitrittsgebiet von den wesentlich stärker ins Gewicht fallenden allgemeinen finanziellen Folgen der deutschen Vereinigung zu trennen.

Die einzige unmittelbare Parallele zur Währungsreform 1948 besteht in der Zuteilung von Ausgleichsforderungen an das ostdeutsche Bankensystem, wobei es jedoch erhebliche Unterschiede im einzelnen gibt. Dies gilt schon für die Entstehungsgründe. Während damals die Streichung der Reichsschulden und die Erstausrüstung mit DM eine wesentliche Rolle spielte, war nunmehr (neben

dem Abschreibungsbedarf für Unternehmenskredite) die asymmetrische Umstellung der Forderungen und Verbindlichkeiten des Bankensystems ausschlaggebend, wobei allgemein politische und sozialpolitische Gründe ins Gewicht fielen. Außerdem werden die im Zuge der Währungsunion entstandenen Ausgleichsforderungen zu Marktsätzen verzinst, was den Zinsendienst im Vergleich zu den "Alt-Ausgleichsforderungen" erheblich verteuert. Bekanntlich wird das Volumen der neuen Ausgleichsforderungen, das sich über die "Zwischenstation" des Ausgleichsfonds Währungsumstellung an den Kreditabwicklungsfonds richtet, mit 110 Milliarden DM (einschließlich notwendiger Abschreibungen auf die Transferrubelbestände) veranschlagt. Der dafür erforderliche Zinsendienst wird für das laufende Jahr im Wirtschaftsplan des Kreditabwicklungsfonds auf 10,25 Milliarden DM veranschlagt, die je zur Hälfte vom Bund und der Treuhandanstalt (letztlich also auch vom Bund) aufzubringen sind. Die gesamten Zinszahlungen betragen damit gut zwei Prozent des im Nachtragsentwurf veranschlagten Ausgabenvolumens des Bundes, was ungefähr der Belastung des Bundes aus Ausgleichsforderungen Anfang der fünfziger Jahre entsprechen würde.

Eng verknüpft mit der Währungsunion ist freilich auch der Komplex der Altschulden des ostdeutschen Unternehmenssektors (einschließlich der Wohnungswirtschaft). Im Falle sanierungsfähiger Unternehmen werden diese Schulden von der Treuhandanstalt übernommen, andernfalls müssen sie abgeschrieben werden und erhöhen dann den Bedarf der ostdeutschen Gläubigerbanken an Ausgleichsforderungen. In jedem Falle muß letztlich der Bund für die Bedienung dieser Schulden aufkommen. Es ist deshalb konsequent, daß sie in den Erblastentilgungsfonds eingehen, der alles in allem ein Volumen von voraussichtlich 400 Milliarden DM umfassen und dessen - allein vom Bund zu tragender - Schuldendienst annähernd 40 Milliarden DM erfordern wird. Der Bund wird damit 1995 ungefähr sieben bis acht Prozent seiner Ausgaben für die Bedienung dieser - direkt und indirekt mit der Währungsunion zusammenhängenden - Verbindlichkeiten aufbringen müssen; dies ist weitaus mehr, als nach der Währungsreform 1948 für die Bedienung der Altschulden erforderlich war. Hinzu kommen die übrigen - noch wesentlich stärker ins Gewicht fallenden - einigungsbedingten Aufwendungen.

Die hohen Belastungen durch die Währungsunion 1990 hängen nicht zuletzt damit zusammen, daß aus den eingangs erwähnten Gründen eine der Währungsreform 1948 vergleichbare Abwertung der (vor allem aus Geldanlagen der privaten Haushalte bestehenden) Passivseite der Bankbilanzen nicht vorstellbar erschien. Damit war es auch nicht möglich, die Aktivseite - im wesentlichen Forderungen gegenüber dem ostdeutschen Unternehmenssektor - entsprechend zu kürzen. Vorschläge, die auf eine simple Kürzung oder Strechung von Altschulden der Unternehmen hinauslaufen, übersehen, daß diese Schulden nicht nur auf dem Papier standen, sondern im wesentlichen durch die Spareinlagen der Bevölkerung refinanziert wurden. Die Entscheidung, die Spareinlagen weitgehend zu schonen, bedeutete deshalb zwangsläufig entsprechend höhere Belastungen für den Bund, der in diesem Bilanzzusammenhang an die Stelle der ostdeutschen Unternehmen tritt, die ihre Schulden bei dem beschwerlichen Start in die Marktwirtschaft nicht mehr tragen können.

1) Die Ausgleichsforderungen der Bundesbank in Höhe von gut 8 1/2 Milliarden DM sind von der Tilgung ausgeschlossen.

Druck auf Guatemala ausüben
Zum Putsch in dem mittelamerikanischen Land

Von Hans Wallow MdB

Die unverzügliche Wiederherstellung der Demokratie in Guatemala muß jetzt Priorität der deutschen Mittelamerikapolitik sein. Das demokratische Ausland ist gefordert, mit diplomatischem und wirtschaftlichem Druck auf den Staatsstreich des Diktators Jorge Serrano Elias und seiner Putsch-Militärs zu reagieren. Die guatemaltekeische Verfassung muß sofort wieder in Kraft gesetzt und das Parlament einberufen werden. Die Friedensverhandlungen mit der Guerilla-Bewegung URNG, die seit langem durch Regierung und Militär verschleppt werden, müssen wieder aufgenommen und substantiell geführt werden.

Die bisherige Politik der Bundesregierung, die durch Kooperationsversuche mit dem Regime des Ex-Generals Serrano geprägt war, ist mit dem gestrigen Putsch endgültig gescheitert. Freundlichkeiten auszutauschen war offensichtlich nicht der Weg, demokratische Zustände in diesem mittelamerikanischen Land zu stabilisieren. Einladungen der durch die Bundesregierung geförderten Konrad-Adenauer-Stiftung an guatemaltekeische Militärdelegationen wie vor wenigen Wochen haben bei dem Versuch nicht helfen können, die herrschende Oberschicht und das Militär des Landes zur Demokratie und zu den Menschenrechten zu bekehren.

Ich fordere den Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, auf, den deutschen Botschafter aus Guatemala-Stadt zur Berichterstattung zurückzurufen und notfalls die diplomatischen Beziehungen zu dem mittelamerikanischen Land ruhen zu lassen. Den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dietrich Spranger, fordere ich auf, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Regierung Guatemalas einzufrieren. Maßnahmen im Rahmen eines Wirtschafts- und Verkehrsboykotts und der politischen Isolierung müssen sofort geplant werden und unverzüglich in Kraft treten, wenn die Putschisten nicht innerhalb der nächsten Tage auf den Boden der Verfassung zurückkehren. Bei allen Maßnahmen ist darauf zu achten, daß nicht die Unterstützung, die den ärmsten Bevölkerungsschichten direkt zuteil wird, beeinträchtigt wird.

Nach dem Militärputsch in Haiti und dem Putsch von oben in Peru, an dem sich Serrano offenbar ein Beispiel genommen hat, muß endlich mehr Entschlossenheit von den demokratischen Regierungen der Welt gezeigt werden, um den Demokratisierungsprozeß weiterer lateinamerikanischer Länder nicht zu gefährden.

(-/27. Mai 1993/rs/ks)
